

Blockzeiten/Tagesschulen?

Meine Meinung:

Diese Frage muss differenziert angegangen werden!

Ja für ländliche Verhältnisse mit langen Schulwegen oder für OberstufenschülerInnen ab 6. Schuljahr.

Nein für eine flächendeckende Einführung und vor allem für Vorschul- und Unterstufenschulkinder.

Meine Begründungen:

Immer wieder werden andere europäische Länder und deren vorbildliche Tagesstrukturen zitiert. Zwar gewähren diese Länder einen ausgedehnten Mutterschaftsurlaub und familienexterne Kinderbetreuung, bezahlt werden diese staatlichen Leistungen aber von den Einwohnern und Einwohnerinnen. Die Abgabequote liegt gemäss eines Berichts der OECD in Deutschland bei 40%, in Frankreich bei 45% und im viel gepriesenen Schweden bei 55%. Diese hohen Abgaben (Steuern, Sozialabgaben) zwingen beide Elternteile dazu, 100% ausser Haus zu arbeiten. Dies bedeutet, dass die Eltern sobald der Mutterschaftsurlaub vorbei ist, viel weniger Zeit für die Kinderbetreuung aufwenden können, als dies bei uns üblich ist. Jedenfalls beneiden uns skandinavische Bekannte wegen unserer geringen Abgabequote, und dass es für eine Schweizer Mittelstandsfamilie möglich ist, dass sich ein Elternteil während einiger Jahre schwerpunktmässig der Kindererziehung widmen kann.

Für das Wohl unserer Familien ist es wichtiger, dass bei uns die Abgabequote (35%) nicht steigt, damit möglichst viele Eltern die ausserhäusliche Arbeitszeit reduzieren können, um ihre Kinder zu erziehen und die grosse Bereicherung, welche Kinder mit sich bringen, zu geniessen.

Da die SVP für eine Politik der Eigenverantwortung und zum Wohle der Familie eintritt, dürfen wir unsere Kinder und ihre Erziehung nicht dem Staat überlassen, sondern jede Familie soll selber entscheiden, wie die Erziehungsarbeit zum Wohle des Kindes organisiert werden kann. Auch soll der Alltag vor allem des Vorschul- und Unterstufenkindes so gestaltet werden, dass er auf die Mehrheit der Kinder dieser Altersstufe abgestimmt ist. **Eine Schulorganisation, welche sich weitgehend auf die Befriedigung von Elternanliegen stützt, wird früher oder später zum Scheitern verurteilt sein.**

Blockzeiten, wie sie in der Stadt Bern auf Druck linker PolitikerInnen durchgesetzt werden, führen bei vielen Kindern (vor allem im Kindergarten) zu Überforderung und Stress. Sowohl das frühe Einordnen der Kinder in den Arbeitsrhythmus der Erwachsenen wie auch die Gruppengrösse, welche überhaupt nicht dem natürlichen Sozialisationsprozess gerecht wird, schaden der gesunden Entwicklung des Kindes. Bei solch langen Präsenzzeiten (von ca. 8.00 bis 12.00 Uhr) geht gezwungenermassen die Konzentration verloren und nicht selten führt dies zu Aggressionen oder zu grosser Müdigkeit und Apathie. So beklagen Kinderärzte und Kinderpsychologen eine drastische Zunahme von typischen Erwachsenenleiden schon bei Kleinkindern wie Schlafschwierigkeiten, Essstörungen und Depressionen als Auswirkungen von Alltagsstress. Eine Studie von Prof. R. Girod (Universität Genf) zeigt deutlich die Zusammenhänge zwischen kindlicher Entwicklung und Erziehung auf: Unabhängig von Beruf und Einkommen der Eltern schnitten bei einem Test mit Tausenden von Rekruten im Lesen, Schreiben und Rechnen diejenigen Rekruten am besten ab, bei denen im Vorschulalter ein Elternteil keiner ausserhäuslichen Berufstätigkeit nachging.

Deshalb sollten sich SVP-PolitikerInnen dafür einsetzen, dass der Staat nicht familienexterne Betreuungsangebote finanziell unterstützt, sondern **dass sowohl die Kinderabzüge in den Kantonen wie auch diese des Bundes erhöht werden**. Denn es muss festgestellt werden, dass sich zum Beispiel die finanzielle Belastung einer Familie mit drei Kindern zwischen 1990 und 2001 praktisch verdoppelt hat.

Wenn man bedenkt, dass ein familienexterner Kinderbetreuungsplatz im Tag ca. 100 Franken kostet, ist der heutige Abzug von 130 Franken (Kanton Bern) bzw. 130 Franken (Bund) pro Kind und Monat ein lächerlicher Beitrag.

Ob dann diese finanziellen Mittel, welche den Eltern zur Verfügung stehen, für eine private oder gemeindeeigene Kinderbetreuung eingesetzt werden, ob die Eltern in der Nachbarschaft oder Verwandtschaft einen gegenseitigen Hütedienst organisieren oder ob sie selber eine Kinderbetreuungsphase einschalten (dies ist ja nur ca. 1/7 der heutigen Lebenserwartung) ist Sache jeden Elternpaares.

Dem sozialistischen Modell einer kollektiven Kinderbetreuung, verbunden mit einer Erwerbstätigkeit beider Elternteile, muss zum Wohle unserer Kinder unbedingt entgegenge wirkt werden. Dass Eltern, welche eine Erziehungsphase einlegen den Anschluss ans Berufsleben verpassen würden, ist in der heutigen Zeit nicht mehr zutreffend. Denn nirgends lernt man die im Berufsleben sehr gefragten Kompetenzen wie Zuhören, Argumentieren, Entscheiden, Organisieren, flexibel Handeln besser als in der Funktion als Erzieherperson. Es wäre begrüssenswert, wenn sich der Staat an der Fortbildung, also an der Vorbereitung zum Wiedereinstieg ins Berufsleben, zum Beispiel Sprachenlernen, EDV-Kurse finanziell beteiligen würde. **Auch müsste die Wirtschaft vermehrt Teilzeitstellen schaffen**, was sich nachhaltig auf die positive Entwicklung unserer kleinsten Zelle „Familie“ und damit auf unser gesamtes Staatswesen auswirken würde.

Sabina Geissbühler-Strupler